

Das ungerechte Strom-System

Schleswig-Holstein ist Primus beim Ausbau der erneuerbaren Energien: Wirtschaft und Verbraucher werden dafür benachteiligt

Carlo Jolly

Manchmal finden sie sich im Kleingedruckten. Zuweilen sind die Kosten für die sogenannten Netzentgelte auf der privaten Stromrechnung auch prominent ausgewiesen: 30 Prozent der Netto-Haushaltssrechnung verschlingt die Netzegebühr zum Beispiel bei einem Kunden der Flensburger Stadtwerke – 8,5 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Bei einem Haushalt, der von den Gemeindewerken in Heikendorf bei Kiel angeschlossen ist, sind es sogar 32 Prozent: Gut 10 Cent macht das schon pro Kilowattstunde aus.

In Schleswig-Holstein sind die Netzkosten für Stromverbraucher bundesweit mit Abstand am höchsten: 9,63 Cent pro kWh. Das durchschnittliche Netzentgelt für Haushaltskunden in Deutschland ist im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent gestiegen, auf 7,5 Cent pro Kilowattstunde. Das geht aus dem Monitoringbericht 2020 der Bundesnetzagentur hervor.

Leider ist das Unrecht noch viel komplizierter: Für die 44 verschiedenen Verteilernetze zwischen Sylt und dem Herzogtum Lauenburg sind ganz unterschiedliche Preise für die Netzdurchleitung festgelegt. Das teuerste liegt nach den Daten der Bundesnetzagentur bei 11,38 Cent. Da fehlt dann nicht mehr viel, und es wäre die Hälfte des Nettopreises pro Kilowattstunde (meist knapp unter 25 Cent).

Und noch eine Ungerechtigkeit: Sitzt der Kunde der Flensburger Stadtwerke nicht in Flensburg, sondern in Berlin, ist sein Netzentgelt gleich rund drei Cent günstiger. Berlin und Bremen haben mit Netzkosten um 5,50 Cent/kWh bundesweit die günstigsten Leitungsgebühren, dicht gefolgt von Nordrhein-Westfalen und den wirtschaftlich stärken Bundesländern im Süden. Drei Cent pro Kilowattstunde: Das sind bei durchschnittlich 3500 Kilowattstunden im Jahr schon mehr als 100 Euro pro Privathaushalt. Nur für die Netzkosten. Nur im Vergleich zum Bundesdurchschnitt.

Was sind überhaupt Netzentgelte? Diese Netznutzungsgebühr, sozusagen die Pkw-Maut für Stromleitungen, muss nach Paragraf 20 Absatz 1 Energiewirtschaftsgesetz veröffentlicht werden. In diesem meist größten Einzelposten der Stromrechnung legt der örtliche Netzbetreiber die Kosten für Leitungsbau, Netzsicherheit und Wartung um.

Und warum sind sie so unterschiedlich hoch? Müssen in einer Region viele neue Leitungen gebaut wer-



Bürgerwindpark Reußenköge von GP Joule: Profitiert auch die Nachbarschaft von der günstigen Windenergie, steigt auch die Akzeptanz.

Foto: Carlo Jolly

den, wird das Netzentgelt teurer als anderswo. Genauso das ist in Schleswig-Holstein der Fall, wo gerade viel investiert wird, um den grünen Strom vor allem von der Westküste, aber auch aus anderen Regionen des Landes, nach Süden in die Metropolen und Wirtschaftszentren der Republik zu transportieren.

Allein die neue 380-Kilovolt-Mittelachse zwischen Hamburg über die Geest nach Dänemark, an der fünf Jahre gebaut wurde, kann nach Angaben des Netzbetreibers Tennet sieben Mal so viel grünen Strom transportieren wie ihre Vorgängerin. Und zwischen Brunsbüttel und Südtirol an der dänischen Grenze wächst die große neue Westküstenleitung.

Wenn der Wind an Nord- und Ostseeküste kräftig weht, werden schon heute mehr als 6000 Megawatt Windenergie produziert – das Dreifache dessen, was in der Region verbraucht wird.

Mit den neuen Leitungen soll nicht nur der Strom der ganzen Bürgerwindparks an der Westküste in die Wirtschaftszentren des Südens und Westens Deutschlands

abtransportiert werden, sondern künftig auch noch viel Strom von neuen Offshore-Windparks. 30 Gigawatt Offshore-Energie sollen bis 2030 an die Netze. Aktuell sind es kaum mehr als 7 Gigawatt.

Auch die jährlich dreistelligen Millionenbeträge für Strom, der bei Netzüberlas-

„Zum einen belasten hohe Strompreise die Wirtschaft und private Haushalte grundsätzlich, und sie stellen einen Hemmschuh für die Ansiedlung von (energieintensiven) Unternehmen dar.“

Bernd Buchholz
Wirtschaftsminister (FDP)

tung nicht einspeisbar ist, werden mit den Netzentgelten regional auf die Verbraucher umgelegt. Allein im Jahr 2020 waren das 332 Millionen Euro, im ersten Halbjahr 2021 nochmal 150 Millionen. So kommt es, dass die Verbraucher der engagiertesten Ausbauländer der erneuerba-

ren Energien die Zeche zahlen – natürlich auch die Unternehmen in diesen Regionen. Nach Schleswig-Holstein sind Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern überdurchschnittlich betroffen.

Das sei in zweierlei Hinsicht kontraproduktiv, findet man auch im Kieler Wirtschaftsministerium: „Zum einen belasten hohe Strompreise die Wirtschaft und private Haushalte grundsätzlich, und sie stellen einen Hemmschuh für die Ansiedlung von (energieintensiven) Unternehmen dar“, heißt es dort. Zum anderen hätten private Verbraucher und Unternehmen keinen Anreiz, Strom dort zu nutzen, wo er eigentlich zur Dekarbonisierung beitragen könnte – in Wärmepumpen, E-Autos und in der Wasserstoffherstellung für die Industrie und den Verkehrssektor.

Schleswig-Holsteiner massiv benachteiligt Die Verbraucher und die Unternehmen im Norden dürfen nicht dadurch benachteiligt werden, dass hier die Energiewende und der Netzausbau vorangetrieben werden. Dies sei auch schädlich für die Ak-

zeptanz der Energiewende, befürchtet man im Wirtschaftsministerium. Es bedürfe deshalb einer Reform der Netzentgelte über alle Bundesländer hinweg samt Senkung der auf Strom erhöhten Umlagen und Steuern wie EEG-Umlage und Stromsteuer.

„Aus energiewirtschaftlicher Sicht sind die wachsenden Unterschiede in Netzentgelthöhen und -strukturen nicht begründbar“, heißt es in einem Papier des Branchen-Think-Tanks Agora Energiewende. „Vielmehr muss es Aufgabe des Gesetzgebers sein, die energiewebedeckten Netzausbaukosten auf alle Stromverbraucher in Deutschland gleich zu verteilen, da sonst ein erhebliches Energiewende-Akzeptanz-Problem für die Bürger in den betroffenen Gebieten droht“, fordert Agora schon seit Jahren.

Außerdem biete die derzeitige Netzentgeltsystematik keine oder falsche Investitionsanreize für neue Erzeuger und neue Verbraucher. Diese würden sich vermehrt den Standort mit geringen Netzentgelten aussuchen. Das führe dazu, dass dort die Infrastruktur ausgebaut werden müsse, deren Kosten die Netzentgelte steigen lassen.

Langstrecke muss teurer sein als Kurzstrecke Auch die engagierte Erneuerbare-Energien-Branche in Schleswig-Holstein kämpft seit Jahren gegen dieses überholte System. Für GP Joule, ein 400-Mitarbeiter-Unternehmen aus dem nordfriesischen Ceciliendorf, ist ein Knackpunkt die Entfernungsunabhängigkeit der Netzentgelte: Also eher Porto als Maut. „Langstrecke muss teurer sein als Kurzstrecke“, fordert GP Joule.

Deren Netzexperte Fabian Sösemann geht aber noch weiter: „Wir brauchen auch eine Reduktion von Netzentgelten bei Entlastung der Netze. Wer also den Stromverbrauch bei hoher Einspeisung von Windstrom erhöht, muss niedrige Netzentgelte zahlen.“ Denn so ein flexibles Verhalten spart Netzausbaukosten, so Sösemann.

Die Netzentgelte müssten also dann am niedrigsten sein, wenn Verbraucher flexibel auf die Erzeugung von Wind- und Solaranlagen in ihrer Region reagieren. Umgekehrt produzieren die unheimlich günstigeren Strompreise im Süden noch mehr Energietransport von Nord nach Süddeutschland. Das belastet das Netz zusätzlich und verursacht hohe Kosten für das Engpassmanagement. Dafür zahlen Deutschlands Verbraucher jedes Jahr eine Milliarde Euro.

Lars Waldmann, Unternehmensberater im Energiewendebereich, geht noch einen Schritt weiter: „Man kann es auch als Solidarsys-

tem sehen. Ohne die Windkraft im Norden hätte Bayern oft keinen Strom“. Was die Leute ärgere, seien nicht die hohen Netzentgelte, sondern das Gefühl, dass wir uns die Energiewende gar nicht leisten könnten. Dabei sei Windenergie an Land die günstigste Art der Stromerzeugung überhaupt.

In Schleswig-Holstein lag der erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien zum Bruttostromverbrauch im Land 2019 bei 153,8 Prozent. In ganz Deutschland waren es 42 Prozent. Schleswig-Holsteins Ziel: 2025 sollen es hier schon 230 bis 250 Prozent werden.

Regelungen der Bundesnetzagentur

7,5 Cent pro Kilowattstunde für das Netz

Das schreibt die Bundesnetzagentur in ihrem Monitoringbericht 2020 zu den Netzentgelten:

Netzentgelte sind ein Bestandteil des Elektrizitätspreises. Sie müssen sowohl von Haushaltskunden als auch Industrie- und Gewerbe Kunden gezahlt werden.

Über die Netzentgelte werden die Kosten für das Stromnetz (z.B. Ausbau und Maßnahmen zur Systemsicherheit) auf den Letztabernehmer abgewälzt. Für Haushaltskunden mit einem Stromverbrauch zwischen 2500 und 5000 kWh pro Jahr beträgt der Anteil der Netzentgelte für das Jahr 2020 rund 22 Prozent.

Nach einer leichten Steigerung in 2019 sind die Netzentgelte für Haushaltskunden in 2020 erneut von 7,22 ct/kWh auf 7,50 ct/kWh gestiegen.

Die Höhe der Netzentgelte ist je nach Netzbetreiber und Region unterschiedlich. Die Ursachen hängen u.a. von folgenden Faktoren ab:

• **Auslastung der Netze:** Sie wurden in den neuen Bundesländern zu groß dimensioniert und sind deshalb teils nicht genügend ausgelastet

• **Besiedlungsdichte:** In dünn besiedelten Gebieten werden die Kosten auf weniger Netznutzer verteilt als in anderen Regionen

• **Unterschiedliche Kosten** für Einspeisemanagementmaßnahmen (samt Abrechnungskosten)

• **Alter der Netze:** Ältere Netze mit geringen Reaktionsmaßnahmen führen zu geringeren Netzkosten als neue Netze.

• **Qualität der Netze**